

## Pressemitteilung

Herausgeber:

**CDU Kreisverband Vechta**

Kaiserliches Postamt \* Große Straße 90

49377 Vechta

Tel. 04441/9229-0 Fax 9229-32

Vechta, den 18. Januar 2024

### **Vechtaer Erklärung | Extremismus bekämpfen, Demokratie verteidigen!**

Die jüngsten Enthüllungen des Recherchenetzwerks Correctiv haben erneut gezeigt: Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) verfolgt in weiten Teilen offen verfassungsfeindliche Ziele. Das rechtsextremistische Konzept der „Remigration“ ist ein beschönigender Ausdruck für die millionenfache Deportation von Ausländern und angeblich nicht assimilierter deutscher Staatsbürger.

Die AfD behauptet, nichts mit der Idee zu tun zu haben und streut den deutschen Wählern Sand in die Augen. In den letzten Tagen haben sich etliche prominente AfD-Politiker zum Konzept bekannt, beispielsweise der parlamentarische Geschäftsführer der bayerischen AfD-Landtagsfraktion unter dem Schlagwort „Remigration jetzt!“ Auch bei der Listenaufstellung der AfD zur Europawahl haben mehrere Redner unverhohlen mit dem Konzept der Remigration geworben.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wehren sich gegen den offenen Rechtsextremismus aus Reihen der AfD. Auch der CDU Kreisverband Vechta stellt sich entschieden gegen jegliche Form des Rechtsextremismus. Das Konzept der Remigration ist entsetzlich und menschenverachtend. Es greift die Grundfeste unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates an und widerspricht unserem christlichen Menschenbild zutiefst.

Die AfD ist keine bürgerliche Partei, im Gegenteil. Die AfD ist auch keine Protestpartei. Wer die AfD wählt, muss wissen: Jede Stimme –auch aus Protest–

ist eine Stimme gegen unseren freiheitlichen Rechtsstaat. Es gilt, diesen Extremismus zu bekämpfen und unsere Demokratie zu verteidigen.

Für den CDU Kreisverband Vechta ist klar: Die Brandmauer zur AfD steht.

### **Parteienverbot ist der falsche Weg**

Immer lauter werden die Forderungen nach einem Verbot der AfD. Doch das wird nicht zielführend sein, auch wenn es eine bequeme Lösung verspricht. Viel wichtiger ist es, den Menschen genau zuzuhören, zu erkennen, wo sie sich politisch alleingelassen fühlen und ihre Anliegen ernst zu nehmen. Als CDU wollen wir Antworten geben, gute politische Lösungen finden und so das Vertrauen in die Politik und vor allem in die Demokratie stärken. Dabei orientieren wir uns nah an den Menschen und suchen gerne das Gespräch.

Das Problem ans Bundesverfassungsgericht abzugeben, ist keine Lösung. Rechtsextremes und verfassungsfeindliches Gedankengut schafft man so nicht aus der Welt. Dafür braucht es Argumente und Überzeugungsarbeit. Als CDU führen wir diese Auseinandersetzung für unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat.

Zudem sind die verfassungsrechtlichen Hürden für ein Parteienverbot extrem hoch. Um ein Verbot der AfD vor dem Bundesverfassungsgericht zu erwirken, muss der Nachweis erbracht werden, dass die gesamte Partei als solches verfassungswidrig ist. Es ist fraglich, ob das Bundesverfassungsgericht diese Entscheidung gesichert treffen kann. Außerdem dauert ein solches Verfahren mehrere Jahre. Die Gefahr ist daher groß, dass dadurch beim Wähler das Gegenteil erreicht wird. Sollte ein Verfahren scheitern, würde die AfD es als Sieg für sich umdeuten. Ein Verbotsverfahren setzt lediglich an den Symptomen rechtsextremer Stimmungen an, aber nicht an den Ursachen. Viel wichtiger ist es daher, das Vertrauen in die Politik und in unsere Demokratie zu stärken.

## **Demokratische Diskussion nicht verengen**

Ebenso wenig hilft eine Verengung der demokratischen Diskussion. Immer wieder werden missliebige politische Meinungen pauschal als „rechts“ gebrandmarkt. Das ließ sich auch bei den deutschlandweiten Protesten der Landwirte in der vergangenen Woche beobachten. Anstatt die Anliegen der friedlich demonstrierenden Landwirte ernst zu nehmen, wurden sie von vielen Politikern und Medien in die „rechte Ecke“ gestellt. Auf diese Weise wird die demokratische Diskussion verengt. Das erlaubt Extremisten Themen zu besetzen, die andere politische Kräfte nicht mehr zu thematisieren wagen.

Auch bürgerliche Parteien und Politiker werden von linken Aktivisten immer wieder in die Nähe von Radikalen, „Nazis“ oder Faschisten gerückt, wenn sie politische Probleme offen ansprechen. Diese Argumentation relativiert die furchtbaren Verbrechen von Nationalsozialismus und Faschismus, diskreditiert die bürgerliche Mitte und spaltet das demokratische Lager, das in der Auseinandersetzung gegen Extremisten gerade jetzt geeint sein sollte. Und davon profitiert die AfD.

## **Konsequent gegen Extremismus von rechts und links**

Der Rechtsextremismus stellt aktuell die größte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Ihn zu bekämpfen hat politische Priorität. Gleichzeitig müssen wir konsequent gegen Linksextremismus und politischen Islamismus vorgehen.

Für die CDU ist klar: Politischem Extremismus muss konsequent entgeggetreten werden. Wir wehren uns zudem entschieden gegen jegliche Relativierung von Extremismus. Während die AfD die Gefahr des Rechtsextremismus herunterspielt, verharmlost die „Linke“ die Gefahren linksextremer Gruppen wie etwa der autonomen Antifa.

## **Gegen Extremismus – aus christdemokratischer Verantwortung**

Christdemokratie und Extremismus sind unvereinbar. Sowohl in Deutschland als auch im Landkreis Vechta engagieren sich jeden Tag Christdemokratinnen und Christdemokraten für eine freiheitliche, offene und demokratische Gesellschaft.

Extremismus politisch zu bekämpfen gehört zur DNA unserer Partei. Es gehört zu unserem Selbstverständnis, Parteien wie die AfD inhaltlich zu stellen und zu verhindern, dass ihr Einfluss auf Politik und Gesellschaft wachsen. Dieses Ziel verbindet uns mit allen Demokraten im Landkreis Vechta und in Deutschland.